

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



November 2023

Kreistag

Haushalt 2024

Der November stand ganz im Zeichen der Haushaltsberatungen. Nachdem die Teilhaushalte nun generell in den Fachausschüssen vorberaten wurden und die freiwilligen Leistungen des Kreises schon letztes Jahr auf ein vertretbares Mindestmaß zurückgefahren wurden, benötigte der Haushaltsausschuss nur eine Sitzung für eine Beschlussempfehlung. Im Gegensatz zu früheren Haushalten enthält der Haushalt keinerlei Spielraum mehr. Die Einnahmesituation ist vertretbar, bei der Grunderwerbssteuer jedoch sehr optimistisch dargestellt.

Der Gesamthaushalt des Kreises umfasst rund 278 Mio. €, wovon ca. 210 Mio. € (Erhöhung ca. 5 %) auf den Verwaltungshaushalt, d.h. die konsumtiven Ausgaben des laufenden Haushalts und 68 Mio. € (Erhöhung ca. 10 %) auf den Vermögenshaushalt, also Investitionen, entfallen. Durch Intervention der FDP konnten letztjährige, etwas überzogene Kürzungen im Bereich des Kulturhaushaltes korrigiert werden.

Erfreulich ist auch, dass der Bau des Gymnasiums Herrsching weiter planmäßig durchgeführt wird. Dieses maßgeblich von der FDP initiierte Projekt weist Kostensteigerungen auf, die der allgemeinen Inflationen zuzuschreiben sind. Durch Initiative der FDP im Bau- sowie im Schulausschuss konnten aber sowohl die Qualität des Baus sowie ein sparsamer Umgang mit Haushaltsmitteln kombiniert werden. Selbst die Süddeutsche berichtete, dass das Herrschinger Gymnasium zu den günstigeren Schulneubauten in Bayern gehört, obwohl hier hochwertige und innovative Baukonzepte zum Einsatz kommen.

Kein Licht ohne Schatten

Die erhöhten Personalkosten durch teure Tarifabschlüsse belasten den Kreishaushalt, obwohl auf Drängen der FDP auf Stellenzuwachs und z.T. auf Nachbesetzungen verzichtet wird, so dass hier ein die Prognosen unterschreitender Ansatz erzielt werden kann. Dies begrüßt die FDP-Fraktion ausdrücklich.

Ebenso wird ein Anstieg der Sozialleistungen erwartet. Hier ist zu bemerken, dass ein Anstieg auch aufgrund der Zuzüge auf weit über 60 Mio. € zu besorgen ist. Dies entspricht einem Anstieg von über 14 %. Dem gegenüber steht allerdings eine Erhöhung v.a. der Bundeszuschüsse von knapp 20 %. Das Defizit des Landkreises steigt dennoch um ca. 2 Mio. €. Die Politik der Bundesregierung entlastet hier den Landkreis enorm. Es wird von der FDP erwartet, dass die Bundesregierung insgesamt den Umfang der Sozialleistungen auf den Prüfstand stellt.

Die diesjährigen Verzichte bei den freiwilligen Leistungen betreffen v.a. den Sport- und Umweltbereich, wobei hier der Sportbereich durch erhöhte Landesmittel keine Kürzungen zu besorgen hat. Dies wird seitens der FDP-Fraktion mitgetragen.

Die größte Unwägbarkeit stellt in den kommenden Jahren die Finanzierung des Krankenhausbetriebes dar, da viele gesetzliche Regelungen hierzu in der Schwebe sind. Nach der aktuellen Gesetzeslage müsste mit einem Kreiszuschuss von bis zu 30 Mio. p.a. gerechnet werden. Dies ist aus Sicht der FDP auf Dauer nicht leistbar.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Die FDP-Fraktion sieht hierin ein Problem, das ihr eine Zustimmung zum Haushalt erschwert. Daher fordert sie die Vorlage eines umfassenden Restrukturierungsprogramms für die kommunalen Krankenhäuser, welches durch Bündelung von Kompetenzen sowohl die Qualität verbessert als auch unnötige Redundanzen vermeidet.

Berg

Haushalt 2024

Aufgrund Erkrankung des Kämmerers wurden die Haushaltsberatungen in den Dezember verlegt. Im Gegensatz zu fast allen Kommunen plagen Berg keine Finanzsorgen, so dass einige Fraktionen mit Mitwirkung der FDP die Einrichtung eines Jugendbeirates planen. Hierzu werden in den Haushalt 2024 Mittel eingestellt.

Weitere Investitionen

Allerdings wachsen auch hier die Bäume nicht in den Himmel, so dass eine kommunal finanzierte Tennishalle oder der Neubau einer Skateranlage keine Zustimmung der FDP finden.

Weiterhin plant die Gemeinde Fördermittel für die kommunale Wärmeplanung zu beantragen.

Gauting

Machbarkeitsstudie zum neuen Feuerwehrgerätehaus Gauting

Bereits seit vielen Jahren ist den Gautinger Ratsmitgliedern bekannt, dass das bestehende Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Gauting am Ende seiner Lebensdauer angelangt ist oder diese bereits überschritten hat. Sowohl der marode bauliche Zustand als auch die nicht mehr zeit- und vorschriftsgemäße Ausstattung bzw. Raumaufteilung in Bezug auf Arbeits- und Gesundheitsschutz machen einen Neubau unausweichlich. Bereits vor einiger Zeit hat der Gemeinderat daher eine Machbarkeitsstudie zur Untersuchung zweier gemeindlicher Grundstücke für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Auftrag gegeben. Neben dem bestehenden Standort an der Münchner Straße, der nach dem Umzug der Polizeiinspektion Gauting künftig für das Feuerlöschwesen komplett zur Verfügung stehen könnte, wurde dabei auch das als "Postwiese" bezeichnete Grundstück an der Ecke Gleixnerstraße / Buchendorfer Straße vertieft untersucht.

Die Ergebnisse dieses Gutachtens wurden den Gemeinderäten in der November-Sitzung des Gremiums nun vorgestellt. Sehr schnell wurde dabei deutlich, dass der Alternativstandort an der Postwiese aufgrund schlechter Erschließung, Geländehöhenunterschieden und womöglich auch schlechter Akzeptanz in der Bevölkerung nicht infrage kommt. Zu guter Letzt hat auch noch die Regierung von Oberbayern das Grundstück für ungeeignet und daher nicht förderfähig beurteilt. Somit wird die Freiwillige Feuerwehr Gauting auch in Zukunft am angestammten Grundstück an der Münchner Straße bleiben. Die gute einsatztaktische Lage, die günstige Erschließung sowie auch die Akzeptanz bei Mannschaft und Bürgern sprachen dabei maßgeblich für den bestehenden Standort. Nicht zuletzt gab aber auch schlichtweg die Ermangelung weiterer Alternativgrundstücke für diese Grundsatzentscheidung den Ausschlag.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Dennoch werden trotz der zahlreichen Vorteile des bisherigen Standorts mit dem Neubau auch viele Herausforderungen zu meistern sein. So handelt es sich für eine Feuerwehr der Größenordnung Gautings tatsächlich um ein vergleichsweise sehr knapp bemessenes Grundstück ohne Erweiterungsmöglichkeit. Auch gilt es für die Neubauphase zusätzlich einen Interimsstandort zu etablieren. Die allergrößte Herausforderung bleibt für die finanzschwache Gemeinde Gauting jedoch die Finanzierung dieses Großprojektes: So werden die Baukosten aus heutiger Sicht im Rahmen einer ersten Grobschätzung bereits mit ca. 16.250.000 Euro veranschlagt. Und selbst nach Abzug etwaiger Förderungen durch den Freistaat muss die Kommune noch immer stolze 14.323.000 Euro alleine schultern. Eine Summe, die den Gemeinderäten in den nächsten Haushaltsjahren sicherlich noch allerhand Kopfzerbrechen bereiten wird.

Krailling

Kommunale Wärmeplanung

Die Gemeinde wird eine kommunale Wärmeplanung durchführen, nachdem die zuständige Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) gGmbH den Eingang des Förderantrags mit Vergabe eines Förderkennzeichens bestätigt wurden. Krailling will damit der Bevölkerung bei der Auswahl der Heizungsart helfen und Vorhandenes (wie die Nahwärmeinsel im Gewerbegebiet), Mögliches (wie Geothermie als Nahwärmeinsel um Rathaus und Schule und Windkraft zur Stromerzeugung) und Offenes oder Langfristiges (wie Geothermie-Anschluss an Gauting, Gilching oder Gräfelfing in Teilbereichen) aufnehmen. BGM Haux (FDP) bemängelte die fehlende Vollfinanzierung dieser neuen Landsaufgabe, der Vorschlag der Verwaltung, wenigstens im Förderschema zu bleiben (mit voraussichtlich 10% Eigenanteil) wurde dann einstimmig angenommen.

Arbeitsmarktzulage Kinderbetreuungseinrichtungen verlängert bis 2027

Einstimmig angenommen wurde die Verlängerung der von der Gemeinde zusätzlich gezahlten Zulage vom 100€ bzw. 150 € pro Monat zzgl. SV und Zusatzversorgung bis 31.12.2027. Die Kosten teilen sich Gemeinde und Träger auf, der Gemeindeanteil liegt bei ca. 40.000€ pro Jahr.

Asylkoordinator vor Ort

Bereits seit Jahren finanziert die Gemeinde einen Asylkoordinator für die bei uns lebenden Flüchtlinge, jeweils auf ein Jahr befristet und dann verlängert. Herr Mantoan vom Verein „Hilfe von Mensch zu Mensch e.V.“ berichtete am 28.11.23 dem Gemeinderat von seiner Arbeit:

Er hat ein Büro im Bürgerhaus Hubertus und arbeitet derzeit 15,5 Stunden in Krailling. Die Kapazität der Einrichtung beträgt 144 Plätze im Dorf, derzeit ausgelastet mit 130 Personen, die Zusammenarbeit mit dem Betreiber ist gut. Zum Status der Unterstützten teilte er mit: Krailling ist ein spezieller Fall, da seit 2016 viele noch hier sind, viele auch anerkannt sind, aber die fehlende Wohnung ist ein großes Problem bei der Selbstständigkeit - 40% der Menschen ist anerkannt, 10% geduldet, die übrigen Menschen sind noch im Verfahren. Hr. Mantoan ist zuständig für das Dorf und auch für Bewohner, die schon selbst privat wohnen (inkl. Ukrainer). Seine Aufgaben sind: Lebensläufe schreiben, Fördermöglichkeiten, Behördenkontakte, Schuldenvermeidung, Gesundheit, Arbeitgeberkontakte, Vermieterkontakte, Psychiaterkontakte. Er versucht mit tieferer Verbindung den Menschen einen guten Start zu geben und keine Konflikte entstehen

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



zu lassen. Die Würmtal-Insel lobt er als guten Partner. Was passiert nun, wenn künftig wieder mehr Geflüchtete bei uns wohnen werden? Bei mehr Geflüchteten ist ggf. eine Fokussierung nötig (z.B. geringere Teilnahme an langandauernden Behördenterminen). Der Helferkreis könnte all dies übernehmen, aber die Helferzahl ist beschränkt und die Helfer sind an der Arbeit am Menschen interessiert (nicht bei Behörden), daher ist seine Arbeit womöglich auch weiter nötig. BGM Haux ergänzt: Bisher übererfüllt der Landkreis die Zuweisungsquote, wohl ab Dezember aber wieder Zuweisungen; lt. Landrat sollen keine Turnhallen belegt werden, es werden daher andere Gebäude gesucht.

Jugend- und Seniorenbeirat

Bei der anstehenden Wahl zum Seniorenbeirat (die zweite überhaupt) konnten 5 von 9 Kandidierenden aufgrund eines Formfehlers (unzulässige Mehrfach-Unterstützer-Unterschriften) nicht zur Wahl zugelassen werden. Die verbliebenden vier Kandidierenden wären nun statt durch Wahl lediglich vom Gemeinderat bestätigt worden. Dies führte zu Protesten und Medienecho. Die Beschluss-Alternativen waren nun die satzungsgemäße Bestätigung, eine Satzungsänderung, eine Fristverlängerung oder eine Wahlwiederholung = Neuausschreibung. Die Neuausschreibung der Wahl zum Seniorenbeirat wurde von fast allen Gemeinderatsmitgliedern am 28.11.23 beschlossen, nur ein Mitglied der FDP-Fraktion war dagegen. Er ist der Meinung, dass es für die vier Kandidierenden, die fehlerfreie Unterstützlisten vorlegen konnten, eine Schlechterstellung bedeutet. Die Satzungsanforderungen habe diese Vier erfüllt, die Übrigen waren nicht in der Lage, ausreichend viele gültige Unterstützerunterschriften vorzulegen und mussten daher zurückgewiesen werden. Übrigens schafften die Senioren es 2020 fehlerfrei, für den Jugendbeirat gab es sowohl 2020 wie auch 2023 keine fehlerhaften Unterstützerlisten!

Seefeld

Förderprogramm zur nachhaltigen Erzeugung und Nutzung von Energie

Das seit mehr als 20 Jahren bestehende Förderprogramm wird in modifizierter Form fortgesetzt. Die Fördersummen werden etwas reduziert, damit mehr Bauprojekte gefördert werden können. Gleichzeitig wird die Gesamtsumme der Förderung um 25.000 € auf 125.000 € erhöht. Im laufenden Jahr war der Fördertopf bereits im Mai ausgeschöpft.

Gebührenerhöhung der AWA-Ammersee für Trink- und Abwasser

Während die Grundgebühren unverändert bleiben, steigt die Gebühr für das Trinkwasser von 1,81 €/m³ auf 2,85 €/m³ und für das Abwasser von 1,83 €/m³ auf 2,69 €/m³. Die Erhöhung wird mit hohem Investitionsbedarf für das Leitungs- und Kanalnetz zur Sicherstellung der Ver- und Entsorgung begründet. Diese starke Erhöhung wurde von allen Fraktionen kritisch gesehen und mehr Transparenz gefordert.

Einbeziehungssatzungen in Unering

Zur Abrundung des Ortsgebiets wurde die Erstellung von Einbeziehungssatzungen an der Hochstadter Straße und am Johann-Michael-Fischer-Weg beschlossen.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Starnberg

Der Haupt- und Finanzausschuss

Die öffentlichen Themen im November waren sehr begrenzt: Die Annahme eines Sponsorings für den Kultursommer und der Durchführungsbeschluss zur Ausschreibung des Transports und der Entsorgung des städtischen Kehrguts.

Bauausschuss

Im Bauausschuss wurde ein vorbildliches, privat gefördertes Projekt zur Aufwertung der Loggia am Bahnhof See beschlossen. Hier zeigt sich, was eine private Initiative zu leisten vermag. Ohne „Einmischung“ der Behörden, ohne staatliche Finanzierung, rein spendenbasiert, mit persönlichem Engagement von Starnberger Bürgern und entgegen allen Unkenrufen aus den sozialen Medien. Ein großartiges Beispiel das wir vorbehaltlos unterstützen.

Ein weiterer Punkt ist die Entscheidung, den Starnberger Kirchplatz in einem „kleinen“ Rahmen umzugestalten, soweit das Urheberrecht des Architekten das zulässt. Deutlich mehr grün und neue Bäume, um mehr Schatten und Abkühlung zu ermöglichen. Allerdings steht dies unter einem Haushaltsvorbehalt für 2024. Diese Thematik wird uns 2024 sehr oft weiterverfolgen.

Stadtratssitzung

Der Antrag der FDP zur sofortigen Ziehung des Sonderkündigungsrechts im Rahmen der Vergleichs- und Realisierungsvereinbarung Bahnanlagen Starnberg Bahnhof See wurde mit 10:19 Stimmen abgelehnt. Mit 18:11 Stimmen wurde der erste Bürgermeister beauftragt, eine Verlängerung des Sonderkündigungsrechts bei dem Verhandlungspartner der DB vor Ablauf der Kündigungsfrist zu erwirken. Angestrebter Termin der Verlängerung soll Mai 2024 sein. Dies wird dem Stadtrat nochmals zur Abstimmung vorgelegt. Sollte die Verlängerung nicht erreicht werden, ist der erste Bürgermeister beauftragt, das Sonderkündigungsrecht vor Ablauf der Frist zu ziehen.

In dem Bericht zum Fortschritt der Finanzierungsbemühungen wurden seitens des ersten Bürgermeisters positive Signale vom Bund und Land genannt. Die Stadt Starnberg selbst sei bereit, aus Grundstücksverkäufen und Grundstücksverwertungen 80 Millionen bereitzustellen, ohne den laufenden Haushalt zu belasten.

Die Vorstellung der neuen Mitglieder des Inklusionsbeirates war ein emotionales Highlight für alle Beteiligten. Hier hat sich gezeigt, was persönliches (auch aus Betroffenenansicht) Engagement erreichen kann und will.

Zum Abschluss kam der trockene Bericht des Wasserwerkes Starnberg für 2022 und die Aussichten für 2023 / 2024.

Tutzing

Überplanung Areal ehemalige „Aral Tankstelle“

Für das im Flächennutzungsplan als Mischgebiet ausgewiesene ehemalige Areal der Aral Tankstelle gab es schon verschiedene Anläufe von Investoren. Die diesmal vorgestellte Bauvoranfrage hat ein besonderes Gewicht. Zum einen ist die potenziell mögliche Baumenge nicht gänzlich ausgeschöpft, sondern es soll in

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



einer vorangehenden Vereinbarung mit der Artemed Klinik Tutzing um eine größere Anzahl von insgesamt 22 Mitarbeiter Wohnungen gehen. Diese kleinteiligen Ein-, Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen sollen in den beiden größeren, parallel der Hauptstraße situierten Gebäuden untergebracht werden. Dort soll ebenfalls eine Gewerbefläche mit rund 500 m² für z.B. einen kleinen (Bio-) Einkaufsmarkt entstehen. In zweiter Reihe und in der Höhe etwas abnehmen sollen dann noch für den freien Markt drei Doppelhaushälften entstehen. Voraussetzung für eine entsprechende Priorisierung des hier geplanten vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist allerdings, dass Bauwerber und Klinik sich bezüglich der Vermietung, der als Mitarbeiterwohnungen geplanten Bebauung einigen. Dennoch bleibt ein nachteilige Aspekt der Veränderung auf diesem Areal: die aktuell drei Gewerbeeinheiten mit einem Steinmetz, einer Wäscherei und einer kleinen freien Autowerkstatt werden wohl zukünftig dort keinen Platz mehr finden.

Antrag Kommunalen Wohnungsbau

Einem Antrag der Grünen folgend wird die künftige Bebauung und Planung des gemeindeeigenen Grundstückes in Kampberg diskutiert. Bereits 2019 gab es eine Initiative aus der Ortsgemeinschaft heraus, die einen kommunalen Wohnungsbau auf diesem Gelände favorisierte. Vordringliches Ziel einer solchen Form der Wohnungsbebauung wäre, dass auch zukünftig dort keine Preissteigerungen beziehungsweise Spekulationen beim Wiederverkauf entstehen würden. Schwierigkeiten bei dieser Art der Wohnbebauung an der Stelle sind jedoch ganz lokaler Art. Der Schnitt und die Größe des Grundstückes ermöglichen keine allzu große Wohnbebauung, weshalb bereits einige angefragte Wohnungsgenossenschaften das Projekt für sich als nicht umsetzbar angesehen haben. Die FDP unterstützt deshalb eine offenere Herangehensweise, um auch andere Investoren an dieser Stelle nicht im vornherein auszuschließen. Eine Alternative ist ein örtliches und ebenfalls in Kampberg ansässiges Unternehmen, welches an dieser Stelle Mitarbeiterwohnungen erstellen möchte. Diese wären sicherlich kleinteiliger und damit bezahlbarer. Um reinen Sozialbau soll es an dieser Stelle auf Vorstellung der FDP wie auch großer Teile des Gemeinderats nicht gehen. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit möglichen Interessenten sowohl des genossenschaftlichen Wohnungsbaus wie auch weiteren interessierten Investoren Kontakt aufzunehmen.

Zweitwohnungssteuersatzung

Es wurde einstimmig beschlossen, den Zweitwohnungssteuersatz von bisher zwölf auf jetzt 20 % anzuheben. Damit hat sich der Steuersatz in Tutzing an die Gemeinden in der Umgebung wie auch in Bayern allgemein angepasst.

Parkgebühren

Im Weiteren musste eine Neufestsetzung für die Erhebung von Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen der Gemeinde Tutzing erfolgen. Dabei wurde auch beschlossen, die fällige Umsatzsteuer von 19 % als in den bisherigen Kosten inkludiert zu lassen. Bei einer in der Zukunft neuen Anpassung der Parkgebühren soll dann die Umsatzsteuer mit berechnet und in den Preisanstieg eingeschlossen werden.

Mittelschule

Ebenso gab es einen kurzen Sachstandsbericht über den Bau- bzw. Sanierungsfortschritt der Mittelschule Tutzing. Unter anderem musste wegen der großteiligen Abrissmaßnahmen für einen sicheren Schulweg eine

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



über 2-3 Monate nötige Schülerumleitung in Form eines höhergelegenen „Gerüstwegs“ entschieden werden. Trotz der Mehrkosten wurde dieser bei fehlenden sicheren Alternativen des Schulwegs für die Kinder eine einstimmige Zustimmung erteilt.

Streetfood Festival

Die Anfrage für ein Streetfood Festival 2024 wurde von FDP wie auch einen Großteil des Ausschusses positiv gesehen. Voraussetzung für eine solche sonst kommerzielle und weit überörtliche Veranstaltung ist jedoch, dass auch lokale Gewerbe und Gastronomiebetriebe die Möglichkeit bekommen, daran teilzunehmen. Über den Ort der Veranstaltung bestand noch keine Einstimmigkeit. Als Schwierigkeit ist hierbei die sicher noch nicht fertig gestellte Hauptstraßensanierung wie auch die vom Veranstalter eigentlich gewünschte Positionierung einer Bühne zu sehen.